

01.10.2021

## Dagmar Andres in den Deutschen Bundestag gewählt



Unsere SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagskandidatin für Brühl, Ertstadt, Wesseling und den Kreis Euskirchen, Dagmar Andres, ist in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Mit Listenplatz 18 auf der Landesliste der SPD gelang Dagmar Andres der Einzug in das Parlament. Das Erststimmenergebnis der SPD im Wahlkreis 92 konnte Dagmar Andres mit 26,6% im Vergleich zu 26,25 bei der Bundestagswahl 2017 leicht ausbauen. „Ich freue mich und bin sehr dankbar für das große Vertrauen, welches die Wählerinnen und Wähler meiner Partei und mir persönlich ausgesprochen haben“, sagte Dagmar Andres nach Feststellung des Ergebnisses. „Ich möchte mich als Bundestagsabgeordnete nun mit aller Kraft für Brühl, Ertstadt, Wesseling und den Kreis Euskirchen engagieren. In Ertstadt und im Kreis Euskirchen sind die vor uns liegenden Aufgaben riesig. Es gilt, die Folgen der Hochwasserkatastrophe zu bewältigen und den Wiederaufbau nachhaltig zu organisieren. Auch dazu möchte ich mit meiner Arbeit als Bundestagsabgeordnete beitragen!“ so Dagmar Andres.

Der SPD-Kreisvorsitzende Daniel Dobbstein beglückwünschte die frisch gewählte Abgeordnete: „Seit fast zwei Jahren arbeiten Dagmar Andres und ich in der Führung der Rhein-Erft SPD sehr gut zusammen. Ich bin davon überzeugt, dass sie eine verlässliche Bundestagsabgeordnete sein wird, die sich in Berlin für unsere Region einsetzt. Durch ihre frühere Mitgliedschaft im NRW-Landtag ist sie eine erfahrene Parlamentarierin, die sich nun auch auf bundespolitischer Ebene schnell zu Recht finden wird“, freute sich Daniel Dobbstein.

Dagmar Andres, 51 Jahre alt, lebt mit ihren Kindern in Ertstadt-Lechenich. Die gelernte Steuerfachangestellte, Bilanzbuchhalterin und Betriebswirtin der Fachrichtung Steuerwesen war bisher bei der NRW-Bank beschäftigt. Von 2012 bis 2017 war sie direkt gewählte Landtagsabgeordnete für Brühl, Ertstadt und Wesseling.

## Respektables Erststimmenergebnis für Aaron Spielmanns



Aaron Spielmanns, SPD-Bundestagskandidat für den nördlichen Rhein-Erft-Kreis (Wahlkreis 91), konnte am Abend der Bundestagswahl ein sehr gutes Ergebnis für sich verbuchen, auch wenn es am Ende nicht für das Direktmandat und einen Einzug in den Bundestag gereicht hat. Mit 30,5% der Stimmen lag Aaron Spielmanns nur 2,5 Prozentpunkte hinter dem CDU-Konkurrenten und Amtsinhaber Dr. Georg Kippels.

Aaron Spielmanns, der Anfang des Jahres erklärt hatte, für den Bundestag kandidieren zu wollen, hatte in den letzten Wochen und Monaten einen höchst engagierten Wahlkampf hingelegt. „Wenn sich jemand so sehr reingekniet hat, wie Aaron Spielmanns in seinem Wahlkampf, dann ist es natürlich sehr bitter, dass das Direktmandat nicht gewonnen werden konnte“ kommentierte Daniel Dobbstein, SPD-Kreisvorsitzender, den Wahlausgang im Wahlkreis 91. „Ich ziehe meinen Hut vor der Leistung, die Aaron

Spielmanns – ohne jahrelange Parteierfahrung – im Wahlkampf an den Tag gelegt hat. Es ist ihm gelungen, in allen Ortsvereinen zahlreiche Helferinnen und Helfer für sich zu mobilisieren und seine Botschaften unter das Volk zu bringen. Der Zuspruch war enorm. Wir können nur sehr dankbar sein. Schade, dass es letztendlich nicht gereicht hat. Ich hoffe sehr, dass Aaron Spielmanns weiter so aktiv in der Rhein-Erft SPD bleiben wird“ so Dobbstein.

## Die Landesregierung ist beim Thema Wiederaufbau schon auf dem Rückzug

Die Anträge für Hochwasserhilfen können seit kurzem gestellt werden, aber der Start verlief holprig und die Kritik am Antragsverfahren ist groß. Das versprochene Unterstützungspersonal für die Kommunen ist noch nicht eingetroffen. Die Kapazitäten bei der psychosozialen Betreuung der Flutopfer sind völlig überlastet. Der extra eingesetzte Sonderbeauftragte zur Fluthilfe soll bereits wieder abgezogen werden.

„Der Wahlkampf ist vorbei und schon beginnt die Landesregierung damit, sich beim Thema Fluthilfe und Wiederaufbau aus der Verantwortung zu stehlen. Diesen Eindruck muss man bekommen, wenn der eigens eingesetzte Sonderbeauftragte schon nach wenigen Wochen wieder abberufen wird.“, zeigt sich die frisch gewählte SPD-Bundestagsabgeordnete für den besonders betroffenen Kreis Euskirchen und südlichen Rhein-Erft-Kreis, Dagmar Andres, enttäuscht.

„Ich unterstütze die Forderung der SPD-Landtagsfraktion an die Landesregierung, diese Entscheidung sofort wieder zurückzunehmen. Die Flutfolgen sind überall noch sichtbar und spürbar, die Wiederaufbauarbeit fängt gerade erst an und schon geht der Landesregierung die Luft aus. Das kann nicht sein.“, kritisiert Andres.

Daniel Dobbstein, Vorsitzender der Rhein-Erft SPD ergänzt: „Der Antragsstart für die Fluthilfen war leider sehr problembehaftet. Gleichzeitig ist das Antragsverfahren ein bürokratischer Albtraum. Sehr viele Menschen sind hier auf intensive Unterstützung bei der Antragstellung angewiesen. Hier werden die Betroffenen, aber auch die bearbeitenden Behörden, unnötigerweise überfordert. Daran zeigt sich wieder einmal, dass das bei CDU und FDP so beliebte Thema Bürokratieabbau keine Rolle spielt, wenn es um Anträge normaler Bürgerinnen und Bürger geht.“

Die betroffenen Kommunen warten auch immer noch auf die versprochene und dringend benötigte personelle Unterstützung. Nur weil die Bundestagswahl gelaufen ist, darf jetzt nicht auf halbe Kraft bei der Unterstützung der Menschen und der Region zurückgeschaltet werden. Aktuell wird die Landesregierung von Ministerpräsident Laschet ihrer Verantwortung nicht gerecht.“

Andres und Dobbstein unterstützen auch die Forderung der SPD-Landtagsfraktion, die psychosoziale Betreuung in den von der Flut betroffenen Kommunen deutlich auszubauen. „Geldzahlungen helfen bei materiellen Schäden. Aber die traumatischen Folgen der Katastrophe können nicht mit finanziellen Soforthilfen geheilt werden. Hier braucht es kompetente Betreuung und Begleitung. Das immense Engagement bei so dringend benötigten Angeboten darf nicht größtenteils ehrenamtlich oder durch endgeldloses Engagement freier Träger gestemmt werden“, betont Dobbstein.

„Das Projekt Wiederaufbau braucht langen Atem.“, stellt Andres klar. „Ich habe immer betont, dass es mit den Soforthilfen nicht getan ist. Viel entscheidender für die betroffenen Regionen und Menschen ist, dass sie kontinuierlich unterstützt werden. Dafür will ich mich als Abgeordnete in Berlin besonders einsetzen. Die Landesregierung scheint hier schon ihren Elan zu verlieren.“ so Andres abschließend.